Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pf., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 155 | Mittwoch, den 6. Juli 1921 | 49. Jahrgang

Reichstag.

(Sitzung vom 5. Juli.)

Nach Erledigung verschiedener kleiner Anfragen folgt die 2. Lesung des Gesetzentwurfes über die Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der

Angestelltenversicherung.

Die Beihilfen betragen bei Ruhegehalt monatlich 70 Mark, bei Witwenrenten 75 Mk. und Waisenrenten 36 Mark. Der Ausschuß hat die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage zur Abänderung des Angestelltenversicherungsgesetzes mit dem vorliegenden Gesetz verbunden und als einen neuen Artikel 2 eingefügt. Danach beträgt die Einkommengrenze, die für die Heranziehung zur staatlichen Angestelltenversicherung maßgebend ist, nicht mehr 15 000, sondern 30 000 Mark.

Es werden die Klassen K (5000 bis 10 000 Mark), Klasse L (10 000 bis 15 000 Mark) und Klasse M (mehr als 15 000 Mark) eingeführt. Die Beiträge betragen in der Gehaltsklasse K 33,20 Mk., in L 40 Mk. und in K 48 Mk. Diese Bestimmungen sollen am 1. August 1921 in Kraft treten. Das Rentengesetz gilt vom 1. Januar 1921 ab.

Abg. Lambach (Deutschntl.): Die Sozialdemokraten haben im Ausschuß ihrem eigenen Koalitionsarbeitsminister die Novelle zur Angestelltenversicherung zerrissen vor die Füße geworfen. Der Riß in der Koalition ist noch nicht ganz verkleistert. Dieser Kompromißantrag führt zur Annexion der Angestelltenversicherung durch die Linke. Das machen wir nicht mit. — Abg. Thiel (D. V. P.): Der Antrag Erkelenz zeigt, daß sich einzelne bürgerliche Parteien von den Sozialdemokraten haben mürbe machen lassen. Die Angestelltenversicherung soll in der Invalidenversicherung aufgehen. Das wollen weite Volksschichten nicht. — Abg. [illegible] (Komm.): Der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten muß endlich aufhören. — Abg. Hoch (Soz.): Es handelt sich hier nur um einen Notbehelf, der mit der generellen Regelung der Angestelltenversicherung nichts zu tun hat. — Abg. Andre (Zentr.): Die Vorbereitung der Vorlage ist sehr mangelhaft. Wir wollen aber den Gesetzentwurf noch vor den Reichstagsferien erledigen. — Abg. Schwarzer (Bayr. Vpt.): Leider liegt nur ein Antrag vor aber keine Verbesserungsvorschläge. Wir müssen ihm daher im Interesse der Angestellten zustimmen. — Abg. Karsten (Unabh.): Wir wollen die Einkommengrenze auf 30 000 Mark erhöhen, damit die Angestellten nicht wieder zur Lebensversicherung laufen. — Abg. Erkelenz (Dem.): Das Gespenst der Sozialistenherrschaft in der Angestelltenversicherung kann uns nicht schrecken.

Der grundlegende § 1 der Rentenvorlage wird einstimmig angenommen. Der Kompromißantrag Erkelenz zur Aenderung des Angestelltenversicherungsgesetzes wird gegen die Kommunisten angenommen.

Einstimmig wird beschlossen, daß die Bestimmung gestrichen werden soll, wonach nur Männer wählbar sind. Der Rest des Gesetzes wird in 2. Lesung angenommen.

Die Haushalte des Reichsernährungsministeriums, des Reichsverkehrsministeriums werden genehmigt. Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes werden die Anträge auf Schließung der Zentrale für Heimatdienst abgelehnt, der Ausschußantrag auf Umgestaltung angenommen. — Das Gesetz zur Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen wird in zweiter und dritter Beratung genehmigt und ebenso das Wehrmacht-Versorgungsgesetz in dritter Beratung.

Der Fall Jagow.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) begründet die Interpellation der Regierungsparteien. Es handelt sich darum, sofortige Aufklärung über den Fall Jagow zu schaffen. Wir wollen dem Reichsjustizminister Gelegenheit geben, die Angelegenheit hier zu klären. — Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.): Die Untersuchung gegen Jagow schwebt seit 1¼ Jahr. Jagows Namen tragen die blutigen Attacken gegen Wahlrechtsdemonstranten. Den Dichter Toller läßt man im Gefängnis zugrunde gehen. Herr v. Jagow aber spaziert frei herum. Es könnte sich für ihn nur um eine kurze Untersuchungshaft handeln, denn er wird natürlich freigesprochen. Es ist ein unerhörter Skandal. Herr Schiffer weiß nicht, wo Jagow ist. (Zuruf links: Vielleicht sitzt er auf der Tribüne. Heiterkeit.) Einmal saß er schon oben, als hier über ihn gesprochen wurde. Die Justiz läßt sich von Jagow alles gefallen. Noch kein einziges Urteil liegt gegen die Kappisten vor. Es ist eine gute Zeit für Mörder und Kappisten. Die ganze Strenge des Gesetzes muß gegen sie angewendet werden. Der Justizminister hat seine Pflicht nicht getan. Da kann schon Zuchthaus drohen. Wehe dem Staat, in dem solche Dinge ungeahndet vorkommen können. Es handelt sich hier um Machtfragen, die außerhalb der Parlamente entschieden werden. (Hört! Hört! rechts., Massenaktionen der Arbeiter werden entscheiden. (Zuruf rechts: Der Millionär Rosenfeld als Führer des Proletariats: (Große Heiterkeit.) Die Justiz ist nur ein Werkzeug der Reaktion.

Reichsjustizminister Schiffer: Ich bin den Interpellanten dankbar, daß sie mir Gelegenheit geben, die Oeffentlichkeit über den Fall Jagow aufzuklären. Vielleicht geschieht das anders, als Herr Dr. Rosenfeld annimmt. Er hat mir mit dem Zuchthaus gedroht. Vielleicht paßt dies besser für ihn, der zu gewalttätigen Aktionen in seiner Rede aufgefordert hat. (Lebhafte Zustimmung.) Meine Zurückhaltung, nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, ist vielleicht mißdeutet worden. Jagow selbst hat durch zwei öffentliche Erklärungen eingegriffen. Ich muß daher vor der Oeffentlichkeit offen Auskunft geben, allerdings unter Wahrung völliger Objektivität. Jagow erklärte in der „Kreuzzeitung", er sei seit dem März 1920 nicht einen Tag krank gewesen. Er will also wohl sagen: Wieso kommt der Justizminister dazu, mich als krank zu bezeichnen. Wenn er sich darauf beruft, tut er es nur, um die Unfähigkeit und Untätigkeit der Justiz zu verdecken. Dagegen protestiere ich. Das ist eine grobe Verhöhnung und Verspottung der Justiz. (Zuruf links: Die sie verdient.) Ich habe bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, daß der Krankheitszustand v. Jagows in dem Verfahren eine ganz außerordentliche Rolle gespielt hat, weil er sich selbst darauf berufen hat. (Hört: Hört!) In den Gesuchen seiner Verteidiger werden sogar außer der jugendlichen Tuberkulose und der Leberanschoppung noch akute Gallenblasenentzündung und gesundheitsstörender Puls aufgeführt. (Heiterkeit.) Herr v. Jagow selbst hat seinem Verteidiger wörtlich geschrieben: Die Untersuchungshaft wäre meiner Ermordung gleichbedeutend, denn ich war in meiner Jugend schwer tuberkulös und lebe nur dadurch, daß ich eine Stunde täglich reite und seit Abschaffung der Pferde eine Stunde lang Trab laufe. (Große Heiterkeit.) Meine Erklärung steht also nicht im Widerspruch zu allen Erklärungen des Herrn v. Jagow, sondern nur zu seiner letzten Erklärung. (Abg. Hoffmann, Komm.: Und wann wird er verhaftet?) Seien Sie doch nicht so blutrünstig! (Abg. [illegible] Hoffmann: Ich möchte, daß Sie es als Minister noch erleben! Heiterkeit.) Manche Blätter glauben, daß Herr von Jagow durch sein Auftreten nur der gegenwärtigen Regierung ein Schnippchen spielt. Das ist ein Irrtum. Dieses Auftreten verstößt gegen den Staat und gegen den Gedanken des Staates. Herr v. Jagow rennt genau so gegen den Staat an, wie die Herren von der äußersten Linken. (Lärm links.) Das ist das Furchtbare, daß er als Mann in gehobener Stellung die Grundlage des Staates erschüttert. Es ist richtig, daß die Umsturzverbrecher in großer Zahl hart und wohlverdient bestraft worden sind, die der Rechten aber nicht. (Zurufe links: Da sind Sie schuld daran!) Schon am 22. März 1920 wurde der Haftbefehl gegen Jagow erlassen. Am 25. März erfolgte die Vermögensbeschlagnahme. Am 26. März wurde die Belohnung von 10 000 Mark auf seine Ergreifung ausgesetzt. Am 28. August wurde der Amnestieantrag der Verteidiger abgelehnt. Am 24. November erklärten die Verteidiger dem Justizministerium, daß Jagow sich in wenigen Tagen stellen werde, wenn der Haftbefehl aufgehoben würde. Der Antrag wurde abgelehnt. Auf einen erneuten Antrag beschloß das Reichsgericht am 26. März 1921 Aussetzung der Vollstreckung des Haftbefehls gegen Leistung einer Sicherheit von 500 000 Mark. Eine Verdunkelungsgefahr bestand nicht. (Zurufe links: Wo hatte er die halbe Million her, wenn sein Vermögen beschlagnahmt war?) Das haben wohl andere hergegeben. Am 23. Mai erschien Jagow auf Ladung zum Verhör. Er gab seine Wohnung als in Potsdam, Bergerstraße 7, gelegen an. (Erneute Bewegung.) Davon hätte der Oeffentlichkeit Kenntnis gegeben werden sollen (Sehr richtig!), dann wäre auch die Verwirrung vermieden worden, wenn man auch den Beschluß kritisiert hätte. Ich selbst stand anfänglich unter dem falschen Eindruck, daß Jagows Aufenthalt unbekannt sei. Ich wußte auch nicht, daß er erst zur Vernehmung erschienen war. Da aber Jagow selbst erklärte, daß er gesund sei, habe ich an den Oberreichsanwalt die Weisung gerichtet, eine Entscheidung des Reichsgerichts darüber herbeizuführen, ob Jagow nunmehr verhaftet werden solle. Der Oberreichsanwalt hat auch einen solchen Antrag gestellt. (Zurufe links: Jagow, Jagow, hüte Dich. Heiterkeit.) Diesen Antrag hat das Reichsgericht gestern abgelehnt. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Die Gesundheitsverhältnisse von Jagows seien für den Beschluß nicht ausschlaggebend gewesen. Das Reichsgericht hat den Erfolg gehabt, daß von Jagow sich stellte. Es ist der Ansicht, daß er sich auch zu den Hauptverhandlungen stellen wird. Für diesen Standpunkt muß man Verständnis und Achtung haben. (Lachen links.) Es sind weitere Zeugen vernommen worden und am 9. Mai ist die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Am 18. Juli begann die Aufstellung der Anklageschrift, für die 30 Bände Akten zu bearbeiten waren. Die Anklageschrift ist jetzt fertig und wird in 8 bis 10 Tagen dem Reichsgericht zugehen. Die Angelegenheit liegt jetzt in den Händen des Reichsgerichts. (Zuruf links: Da liegt sie auch gut!) Sie dürfen unsern Richtern den Willen zur Gerechtigkeit nicht absprechen. Ich werde alles tun, um dem Recht zum Siege zu verhelfen.

Auf Antrag Müller-Franken (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen. Abg. Dr. Radbruch (Soz.): Es handelt sich hier um eine Frage der öffentlichen Moral. Jagow und Hölz haben gemeinsam die göttliche Frechheit, mit der sie mit der Justiz spielen, wie die Katze mit der Maus. Hölz hat um seinen Kopf gespielt. Der Kopf des Herrn v. Jagow aber sitzt fest. Vor den heutigen Erklärungen des Justizministers machte die ganze Sache den Eindruck eines ungeheuren Skandals. Alles ist noch nicht völlig geklärt. Im ganzen waren ursprünglich 705 Kappverbrecher vorhanden. 353 sind amnestiert, 108 sind durch Tod und andere Gründe in Wegfall gekommen. In 174 Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Von den 70 unerledigten Fällen ist in dem letzten Jahr kein einziger zur Aburteilung gekommen. Gegen Linksverbrecher ist man schärfer vorgegangen. Inzwischen ist von den Kommunisten ein Mißtrauensvotum gegen den Justizminister eingegangen. — Abg. Warmuth (Deutschntl.): Wir halten an dem Grundsatz fest, daß in ein schwebendes Verfahren nicht eingegriffen werden darf. Es liegt kein Anhalt dafür vor, daß Herr v. Jagow sich der Vorladung etwa entziehen wollte. Daß das Vorverfahren so lange schwebt, hat in weiten Kreisen des Volkes Befremden erregt. Das vorliegende Material ist ein Beweis für die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen man bei seiner Zusammenbringung zu kämpfen hat. Wir freuen uns, daß der Justizminister dafür sorgen will, daß der Geist der Verantwortlichkeit auch weiterhin in der Justiz vorhanden bleiben soll. — Abg. Herzfeld (Komm.) erklärt, daß der Fall Jagow nur ein Fanal für die herrschenden Zustände in unserer Justiz sei. Reichsminister Schiffer sagt zu, daß zwischen Oeffentlichkeit und Justiz engere Fühlung geschaffen werden soll. Die Urteile der Sondergerichte werden sorgfältig nachgeprüft. — Im Schlußwort wirft Abg. Moses (Unabh.) dem Justizminister Spitzfindigkeit vor.

Ueber das kommunistische Mißtrauensvotum wird am Mittwoch abgestimmt. Weiter: Kleine Vorlagen. 3. Lesung des Nachtragsetats. Erhöhung der Diäten für Reichstagsabgeordnete. Branntweinmonopol.

Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 5. Juli.)

Das Gesetz über das Stimmrecht der Provinziallandtagsabgeordneten westpreußischer Kreise, das diese bis zur gesetzlichen Neuregelung in der Ostmark im Provinziallandtag Ostpreußen ausüben sollen, wird in 3. Beratung angenommen.

Darauf wird der Haushalt der Domänenverwaltung fortgesetzt. Abg. Stendel (D. V. P.): Wir lehnen den Antrag Braun auf Selbstbewirtschaftung der Domänen ab. Der Staat muß die Domänen, die er nicht als Musterwirtschaften verwenden kann, den Gemeinden und den Siedlungsgesellschaften geben oder sie sonstwie für Siedlungszwecke nutzbar machen. — Abg. Dr. Wendorf (Dem.): Wenn Domänenpächter für den Morgen 20 Mark bezahlen, so entspricht das nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Selbstbewirtschaftung ist nur in Ausnahmefällen angebracht. Die pachtfrei werdenden Domänen müssen den Siedlungsgesellschaften angewiesen werden. — Landwirtschaftsminister Dr. Warmbold: Die meisten Domänen sind vor dem 1. Mai 1919 gepachtet worden. Die Pachtpreise beruhen also auf dem damaligen Geldwert. Der Pachtzins muß sich auch in den Grenzen der Leistungsfähigkeit halten. Die Verpachtung an den Meistbietenden soll die Regel bilden. Hat sich ein Pächter als tüchtig erwiesen, so soll der aber einen Vorzug haben. — Nach einigen weiteren Aeußerungen, in denen von unabhängiger Seite Selbstbewirtschaftung verlangt wird, schließt die Besprechung.

Mittwoch: Kleine Vorlagen.

Das Blutbad in Beuthen.

Nach einer Schilderung der Vorgänge in Beuthen sind französische Offiziere ohne Veranlassung auf die Menge losgestürmt und haben, unterstützt von französischen Mannschaften, mit Reitpeitschen und Stöcken auf die Demonstranten eingehauen. Als dann ein Schuß fiel, steigerte sich die Erregung der Franzosen ins Maßlose. Sie stürzten sich auf die wehrlosen Frauen, rissen ihnen die Kinder aus den Armen, warfen sie auf die Erde und schlugen auf sie ein. Französische Mannschaften, die aus der Kaserne herbeieilten, richteten unter der Volksmenge mit Bajonetten und Kolben ein furchtbares Blutbad an. Die genaue Ziffer der deutschen Toten läßt sich noch nicht feststellen. Abends, als die Ruhe wiederhergestellt worden war, durchzogen französische Patrouillen die Straßen und warfen wahllos Handgranaten in die Häuser. Nach einer anderen Meldung sind infolge des Zwischenfalls in Beuthen weitere Geiseln, meist Führer der deutschen Parteien und Gewerkschaften, festgenommen worden. In einem Aufruf des Zwölferausschusses der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens werden die Vorkommnisse lebhaft bedauert und die Bevölkerung zur Ruhe und Besonnenheit aufgefordert. Die Interalliierte Kommission soll als alleinige Obrigkeit respektiert werden.

Die polnische Komödie.

Einer Meldung aus Oppeln zufolge wird der polnische Rückzug in Oberschlesien als Komödie bezeichnet. Nachrichten über die Bildung polnischer Banden hinter den Linien der interalliierten Truppen treffen immer mehr ein. Tagsüber verhalten sich die Banden ruhig. Nachts überfallen sie die Häuser der Deutschgesinnten, verschleppen die Deutschen, plündern und rauben. In den Wäldern von Gleiwitz wimmelt es von bewaffneten Insurgenten. In den Kreisen Ratibor und Rybnick haben sie in einer Reihe von Ortschaften sich wieder der Gewalt bemächtigt. Die deutsche Bevölkerung flieht in Massen westwärts. Die über die Grenze gegangenen Insurgentenverbände stehen regulär zusammengefaßt hinter der Grenze und halten dort militärische Uebungen ab. Die Insurgenten und die Hallersoldaten diesseits der Grenze sind nur bis 17. 7. beurlaubt. Auch beziehen sie ihre Löhnung weiter. Es ist ihnen aufgegeben worden, sich für einen baldigen Ruf bereit zu halten. Alle diese Anzeichen deuten auf einen drohenden polnischen Aufstand hin, der am 10. 7. durch einen Generalstreik eingeleitet werden soll.

Jährlich 80 Milliarden durch neue Steuern.

Das Reichskabinett hat seine Beratungen über die Steuerfragen gestern abgeschlossen. Der Reichskanzler wird heute vormittag im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates und nachmittags voraussichtlich auch in der Plenarsitzung des Reichstages über die Finanzlage des Reiches und das Steuer- und Reparationsprogramm sprechen. Die Vossische Zeitung teilt mit, daß der Gesamtbetrag, der jährlich durch bestehende, erweiterte oder neue Steuern aufgebracht werden soll, sich auf etwa 80 Milliarden Papiermark belaufe. Diese Summe soll etwa zur Hälfte durch direkte, zur andern Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht werden.

Widerrechtliche Pulverkammer in den Rheinbrückenpfeilern.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hatte in einer Note die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz auf die beginnenden oder in Aussicht genommenen Arbeiten der Militärbehörden in den besetzten Gebieten zur Errichtung von Pulverkammern in den Pfeilern der Brücken von Düsseldorf, Ludwigshafen, Worms und Mainz-Castel gelenkt. Er machte darin geltend, daß diese Maßnahmen weder von der Waffenstillstandskommission noch im Friedensvertrag, noch im Rheinlandabkommen, betreffend die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete, vorgesehen seien, und ersuchte die Konferenz, einzugreifen, um diesen Maßnahmen ein Ende zu bereiten. Die Botschafterkonferenz hat dem Reichskommissar auf die Note mitgeteilt, daß sie sich dem von ihm vertretenen Standpunkt betreffend dieser Arbeiten nicht anschließen könnte. Diese Arbeiten bilden in der Tat einen Teil im Verteidigungsplan der Rheinarmee und seien vom Kommando, das für die Sicherheit der Besatzungstruppen verantwortlich sei, als unentbehrlich bezeichnet worden. Die Aushöhlung der Pulverkammern, welche gegebenenfalls eine schnelle und vollständige Vernichtung der Pfeiler ermögliche, sei eine elementare Vorsichtsmaßregel, die ein verantwortlicher Führer in keinem Falle außer Acht lassen könne. Diese Arbeiten dürfen deshalb nicht eingestellt und die schon ausgebohrten Pulverkammern nicht wieder zugemauert werden. Es seien übrigens alle Anordnungen getroffen worden, damit die Standsicherheiten der Kunstbauten in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Tagesereignisse.

— (Forderung auf Auslieferung der deutschen Aufmarschpläne.) Wie das „Echo de Paris" meldet, wurde von den Alliierten als neue Forderung an Deutschland die Auslieferung der Aufmarschpläne des aufgelösten deutschen Generalstabes verlangt.

— Auf dem Pressetag in Hamburg ließ auch der Wiederaufbauminister Rathenau eine längere Rede vom Stapel. Er sagte u. a.: Das Wiederaufbauproblem ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, ein Problem, das nicht gelöst werden kann durch die Mittel der Politik, sondern nur von den Völkern selbst. Es handelt sich darum, einen Kontinent wieder herzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß die freiwillige oder unfreiwillige Schicksalseinheit des ganzen Kontinents erkannt wird. Verpflichtet sind die Länder zunächst durch die Kette ihrer materiellen Verschuldung. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner Deutschland, und zwischen ihnen sind sämtliche Nationen gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger einander verpflichtet und verbunden. Mit jedem Kettenglied, das bricht, bricht auch die Kette. (Sehr richtig!) Weiterhin sind die Länder verpflichtet durch die Entwertung ihrer Geldmittel. Minderwertig ist das Geld aller europäischer Staaten. Die Weltwirtschaft würde noch tieferem Ruin als bisher zugetrieben werden, wenn von Deutschland Geld statt Sachleistungen gefordert wird.

Westfalen und Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 5. Juli. Zur gestrigen Stadtverordnetensitzung unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Herrn Direktor Hußmann hatten sich 26 Mitglieder eingefunden. Vom Magistrat waren die Herren Beigeordneter Siegler, Stadträte Braß, Lepke und Weidekamp anwesend. Die 21 Punkte umfassende Tagesordnung, die sich noch durch einige Dringlichkeits-Anträge und kleine Anfragen erweiterte, fand in verhältnismäßig kurzer Zeit gründliche Erledigung.

Der Beamten-Ausschuß der städtischen Beamten ersucht den Magistrat, bei allen vorkommenden Personalfragen den Ausschuß zu hören, z. B. bei Versetzungen, Erhöhungen des Dienstalters, besondere Vergütungen usw. Der Vorsteher meint, dieses Ersuchen gehe doch etwas zu weit. Da der Brief an den Magistrat gerichtet ist und dieser auch nur zur Kenntnisnahme an die Stadtverordneten weitergegeben wurde, wird ohne Debatte zum folgenden Gegenstand übergegangen.

Zur Verhandlung über

Personenfragen in öffentlicher Sitzung

hat der Beamten-Ausschuß Stellung genommen. Er vertritt den Standpunkt, daß möglichst alle Fragen öffentlich verhandelt werden sollen, bittet aber, die Oeffentlichkeit auszuschließen, wenn Sachen in die Debatte geworfen werden, die für den Einzelnen besonders kränkend erscheinen. Herr Direktor Hußmann vertritt seine früher oft geäußerte Ansicht, daß Personenfragen stets in die geheime Sitzung gelegt werden müssen, da bei der jetzigen Besetzung des Kollegiums eine einseitige Behandlung ausgeschlossen sei. Unzweckmäßig sei es, während der Debatte kurzerhand die Oeffentlichkeit auszuschließen. Herr Strelinski betont den Standpunkt seiner Fraktion, wonach diese nicht damit einverstanden ist, daß die Hälfte der Tagesordnung in der geheimen Sitzung verhandelt werden soll. Von Fall zu Fall könne man darüber entscheiden. Im übrigen bezweifelt er die Vertraulichkeit der geheimen Sitzungen, denn es würden schon geheime wichtige Sachen in die Oeffentlichkeit getragen und an Biertischen darüber kritisiert. Der Antrag auf geheime Verhandlung über Personalfragen wurde mit 14 zu 12 Stimmen abgelehnt. Der Vorsteher bittet darauf das Kollegium, Punkte, die für Beamten besonders kränkend sind, aus der Debatte herauszulassen.

Eine Magistratsvorlage sieht vor, Herrn Rechnungsamts-Vorsteher Reinhold, der für den Posten als Stadtrentmeister ausersehen und gewählt war, durch Verfügung des Berliner Fürsorgeamtes die Stelle aber nicht erhielt, nach Ablegung der Sekretär-Prüfung von Gruppe 6 in die Gehaltsgruppe 7 zu heben. R. unterzieht sich in den nächsten Tagen der Prüfung. Die Vorlage soll am 1. Oktober nochmals vorgelegt werden. Herrn Küster ist der letzte Satz nicht ganz klar. Anscheinend solle die Magistrats-Vorlage am 1. Oktober wieder vorkommen, um Herrn Reinhold dann in Gruppe 8 zu heben. Die Stadtverordneten hätten R. das größte Vertrauen entgegengebracht durch die Wahl zum Stadtrentmeister. Eine Härte sei es nun, wenn das Fürsorgeamt Herrn Reinhold ausschalte und die Stelle selbst besetze. Er beantragt, R. schon jetzt in die Gruppe 8 einzureihen, um den sicherlich tüchtigen Beamten hier zu halten. Herr Jacobi bestreitet nicht die Tüchtigkeit des Herrn Reinhold, grundsätzlich falsch sei es aber, von dem vorgeschriebenen Wege abzugehen, noch weniger richtig aber, vor der Ablegung der Prüfung in Klasse 8 zu gehen. Ein solcher Beschluß würde eine Beunruhigung in die übrige Beamtenschaft bringen, die man doch mit der Gehaltsklassen-Einteilung vermieden wissen wollte. Herr Jacobi beantragt, die Sache bis nach Ablegung der Prüfung durch Herrn Reinhold zu vertagen.

Herr Richter betont, daß der Beschluß erst in Kraft treten dürfe, wenn R. die Prüfung abgelegt habe. Herr Direktor Hußmann hält die Magistratsvorlage für den Mittelweg. Wichtig sei es natürlich, tüchtige Beamten hier zu haben. Andererseits müsse er Herrn Jacobi zustimmen, daß es nicht richtig sei, vor der Ablegung der Prüfung Herrn R. in Gruppe 8 zu bringen. Der Antrag Küster wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag Küster geht dahin, daß R. nach Ablegung der Prüfung am 1. Oktober sofort in Klasse 8 kommt ohne spätere Abstimmung. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit. Herr Jacobi zieht seinen Antrag zurück, worauf der Magistratsvorlage zugestimmt wird.

Die Polizeibeamten Herren Pätzold und Hecker besuchen die Polizeischule in Dortmund. Durch die Erhöhung der Monatskarten sind ihnen Mehrkosten entstanden und sie bitten, entsprechend dieser Erhöhung die Beihülfe zu gestalten. Der Magistrat bewilligt monatlich 50 Mark mehr und die Stadtverordneten schließen sich dem an.

Im Mai beschlossen die städtischen Körperschaften den Bau von 20 weiteren Siedlungshäusern. Der Siedlungsverband hat jetzt für 3 Häuser mit 6 Wohnungen 147 000 Mk. als Zuschuß bewilligt. Da die Gesamtkosten 530 000 Mk. betragen, bleiben 380 000 Mark für die Stadt zu verzinsen, wenn 5100 Mark Zinsen durch Mieten gedeckt werden. Dem wurde zugestimmt.

Im Zuge der Koppelstraße führte in früheren Jahren eine Holzbrücke über die Seseke; während des Krieges wurde die Brücke abgebrochen. Da eine Straße durch die Koppel bis zur Ecke Bahnhof- und Schlachthofstraße für später vorgesehen ist, war es wichtig, schon jetzt anläßlich der Seseke-Regulierung die

Errichtung einer festen Brücke über die Seseke

ins Auge zu fassen. Verhandlungen mit der Seseke-Genossenschaft führten dahin, daß diese für eine feste Brücke 70 000 Mark bewilligte. Die Gesamtkosten betragen 130 000 Mk., sodaß die Stadt noch 60 000 Mark für die Anlage hergeben muß. Die Brücke wird, ähnlich wie die bei der Helfingsmühle projektierte, 5 Meter breit. Der Fußgängerweg wird über dem Fahrweg höher gelegt. Die Baukommission und der Magistrat haben dem Bau der Brücke zugestimmt. Herr Ahlert meint, die Brücke im Zuge der Koppelstraße habe wenig Interesse. Besser sei es, eine solche im Zuge der Klosterstraße anzulegen. Dort sei die Straße fertig und könne sofort benutzt werden, während der Ausbau der Straße in der Koppel noch gute Weile habe. Herr Direktor Hußmann kann dem nicht zustimmen. Vor oder nach würde die Koppelstraße doch ausgebaut werden. Dieses bringe eine gewaltige Entlastung der Straßen der Innenstadt. Auf eine Anfrage des Herrn Rektor Rüberg bemerkt der Vorsteher, daß die Brücke für Fuhrwerks- und Fußgänger-Verkehr eingerichtet wird und bei Bedarf leicht erbreitert werden könne. Die Brücke sei für zwei mittlere Fuhrwerke breit genug. Der Bau der Brücke wird dann beschlossen und die 60 000 Mark dafür werden bewilligt.

Das Fürsorgeamt Berlin macht die Mitteilung, daß es Herrn Loddenmoser aus Halle für die Besetzung der

Stadtrentmeisterstelle

überwiesen hat. Der Antritt sollte am 1. Juli erfolgen.

Als Baukontrolleur ist Herr Friedrich Petri, Markt 22, vorgeschlagen worden. Dieser wurde dann auch von den Stadtverordneten gewählt.

In das Krankenhaus-Kuratorium wurde an Stelle des Herrn Bergrat Funcke Herr Bergassessor Fromme gewählt.

Die Schuldeputation hat die Wiedereinführung der Gesundheitsbogen für die Schulkinder gefordert. Die Führung dieser Bogen wurde während des Krieges eingestellt. Die Folge der Wiedereinführung ist eine Mehrarbeit für den Schularzt, Herrn Geheimrat Lenzmann. Der Magistrat hat mit der Schuldeputation beschlossen, für die Gesamttätigkeit des Schularztes, einschließlich Harn-Untersuchungen, und Führung der Gesundheitsbogen 1,20 Mark je Kind und Jahr zu gewähren. Die Stadtverordneten sind damit einverstanden.

Die Herren Stadtv. Rüberg und Stadtrat Weidekamp haben die elektrische Beleuchtung eines Klassenzimmers und des Lehrerzimmers in der Josefsschule gewünscht, die Kosten hierfür betragen 2000 Mark. Die Schuldeputation ging darüber hinaus und beschloß, 2 Klassenzimmer elektrisch zu beleuchten, wodurch sich die Kosten um 300 Mk. erhöhen. Herr Jacobi beruft sich auf den Sachverständigen im Betriebsausschuß, der die Ansicht vertrat, daß der städtische Elektro-Monteur Anlagen der Stadt selbst machen könne. Weiter habe er in den Akten gesehen, daß der Magistrat die Arbeiten einer Firma geben wolle, deren Angebot einige hundert Mark höher sei, wie dasjenige anderer Firmen. Zwecks Prüfung der Vorschläge bittet Herr Jacobi, die Vorlage in den Betriebsausschuß zu bringen. — Stadtv. Rüberg und der Vorsteher treten dem Vorschlage bei. Ersterer betont, daß es sich um Schulzimmer für die kaufm. Schule handelt. Zum 1. Oktober müsse die Anlage aber fertig sein. Die Vorlage geht darauf an den Magistrat bezw. Betriebsausschuß zurück.

Herr Ebbinghaus macht darauf aufmerksam, daß in der Wohnung des Herrn Bürgermeisters elektrisches Licht angelegt wurde und fragt an, wer die Kosten dafür bestritt. Wenn die Kosten von der Stadt getragen würden, dann frage er, wer dieselben bewilligt habe. Ihm sei nicht bekannt, daß die Stadtverordneten diese Kosten bewilligten. Herr Stadtrat Lepke bemerkt zu den Ausführungen der Vorredner, daß der Magistrat bei Vergebung der Arbeiten in der Josefsschule die billigste Firma, Elektra-Dortmund, berücksichtigt habe. Wenn Herr Rüberg Wert darauf legte, daß das Licht zum Winter brennt, dann hätte er der Vorlage zustimmen müssen. Herr Pulvereiter sei stark beschäftigt. Die Anlage des elektrischen Lichtes in der Bürgermeister-Wohnung sei vor ¾ Jahr im Magistrat ordnungsmäßig beschlossen worden. Er habe angenommen, daß die Sache auch an die Stadtverordneten ging. Wenn dieses nicht geschah, so sei das unverständlich. Herr Jacobi glaubt, daß Herr Pulvereiter Zeit für die Anlage in der Josefsschule habe und Herr Braß bittet, bei Vergebung von Arbeiten das hiesige Gewerbe zu berücksichtigen. Das hiesige Handwerk sei steuerlich derart stark belastet, daß es verdiene, berücksichtigt zu werden. Ueberdies habe man bei Störungen den Hersteller der Anlage am Platze. Herr Direktor Hußmann pflichtet Herrn Stadtrat Braß bei und bittet den Magistrat, danach die Arbeit zu vergeben.

Die Stadt Kamen erhält auch für diejenigen Arbeiter die Kopfsteuer, die hier arbeiten, aber in anderen Gemeinden wohnen; diese Gemeinden haben aber die Schullasten für diese Arbeiter mitzutragen. Kamen bezahlt aus diesem Grunde an Heeren-Werve, Westick, Methler, Weddinghofen und Südkamen Betriebszuschüsse, während andererseits aus dem gleichen Grunde Heeren-Werve an Kamen Zuschüsse zahlen muß für Arbeiter, die auf Königsborn arbeiten, aber hier wohnen. Die Gemeinden beantragen nun eine Erhöhung der Zuschüsse um das Doppelte. Kamen will dem entgegenkommen, wenn es bei Heeren-Werve das gleiche Entgegenkommen findet. Dieserhalb soll mit dem Amte Unna-Kamen verhandelt werden.

Die Verkoppelung macht die Anfertigung von neuen Katasterkarten erforderlich, gleichzeitig soll ein

Generalbebauungsplan für die Stadt Kamen

angefertigt werden. Da das Bauamt hierfür keine Zeit hat, wurden Angebote eingeholt. Die Firma Blom-Nertz in Düsseldorf will die Arbeiten für den Preis von 4800 Mark übernehmen. Da im Etat bereits 1200 Mark für diesen Zweck ausgeworfen wurden, werden jetzt 3600 Mark nachbewilligt und die Anfertigung damit beschlossen.

Die Fortbildungsschulkasse wurde geprüft, Erinnerungen dabei nicht gezogen. Sie schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 21 670,01 Mark. Dem Rendanten wurde Entlastung erteilt.

Herr Eggert weist auf das Schwänzen der Fortbildungsschule hin. Es dürfe nur eine schriftliche Entschuldigung des Meisters angenommen werden. Es gehe nicht an, daß ein Lehrjunge in die Schule komme und zwei andere im Kino sich die Zeit vertreiben. Herr Fricke macht darauf aufmerksam, daß diese Anregungen schon lange streng gehandhabt würden.

Herr Küster bringt einen Dringlichkeits-Antrag ein, der auf die Gefahren hinweist, die den Kindern der Josefsschule während der Schulpausen durch den starken Fuhrwerksverkehr auf der Klosterstraße drohen. Die Fuhrwerke benutzen teilweise den Schulplatz. Eine Folge dieses Uebelstandes war, daß der 7jährige Schüler Alfred Grieger am 27. Juni von einem Fuhrwerk überfahren wurde und einen Beinbruch erlitt. Dieser Uebelstand könne behoben werden, wenn der Schulplatz durch eine Mauer oder einen Zaun abgesperrt würde. Der Antrag geht nun dahin, die für die Umzäunung des Stadtparkes in den Etat eingesetzten 10 000 Mark für die Einfriedigung an der Josefsschule zu verwenden, damit der Etat nicht überschritten würde. Herr Grieger bezeichnet es als ein Wunder, daß nicht schon mehr Unglücke passiert sind. In anderen Schulen seien die Kinder gut aufgehoben, hier aber nicht. Von den weiteren Rednern Herren Rüberg, Strelinski, Jacobi und Hußmann wird diese Frage von allen Seiten beleuchtet und eine Einfriedigung für unbedingt erforderlich gehalten. Stadtrat Weidekamp weist auf die vielen Bestimmungen, Verfügungen und Rechte hin, die dabei zu berücksichtigen sind. Der Antrag geht darauf an den Magistrat, damit dieser alles prüfen kann. Im Zusammenhang mit diesem Antrag wurde es für zweckmäßig gehalten, auch den Vorplatz am Gemeindehaus einzuzäunen, wie dieses früher der Fall war.

Der Stadtkassenhaushaltsplan

wurde in den einzelnen Kommissionen gründlich durchberaten und Abstriche gemacht, wo solche zu machen waren. Er hat 8 Tage lang offen gelegen. Das aufzubringende Kommunal-Defizit beträgt 3 045 000 Mark. Die Zuschläge zu den einzelnen Steuerarten müssen daher gewaltig erhöht werden, sie betragen für die Grund- und Gewerbesteuer 1800 Prozent, für die Gebäudesteuer 1500 Prozent, für die Betriebssteuer 1700 Prozent. Die Kopfsteuer soll 1 009 325 Mark aufbringen. Herr Jacobi hält die Gewerbesteuer für die ungerechteste aller Steuern. Der Fehlbetrag müsse aufgebracht werden, daran sei nichts zu ändern, aber Pflicht sei es, durch Sparsamkeit eine Herabminderung der Zuschläge für später zu erreichen. Herr Direktor Hußmann bemerkt, daß ein jeder bei dem Herauskommen dieses Haushaltsplanes wohl die Ueberzeugung bekommen habe, daß man die bisherige Kulanz einschränken und sparsamer werden müsse.

Herr Jacobi weist auf die Pflasterung der Königstraße und die Herstellung neuer Bürgersteige hin. Es sei ein Skandal, daß man in heutiger Zeit Bürgersteige aufnehme, die noch gut seien, z. B. vor der Apotheke und dem Dunkelschen Hause. Er beantrage, jetzt noch die Pflasterung der Königstraße zu inhibieren. Herr Eggert macht dem Bauamt den Vorwurf mangelnden Weitblickes. Bei den Siedlungsbauten wurden im Vorjahre Wasserleitungsrohre gelegt, die sich jetzt schon als zu eng erwiesen. Die Folge sei, daß man alles wieder aufreißen und breitere Rohre legen müsse. Herr Strelinski meint, daß sich der Unternehmer auf die Einstellung der Pflasterung air der Königstraße nicht einlassen werde, ohne Forderungen zu stellen. Man sollte vordem die Finger davon gelassen haben. Er habe f. Zt. diese Ansicht vertreten und betont, daß mehrere andere Straßen noch viel schlimmer daran seien. Redner kommt dann auf die Eingesandts in der Kamener Zeitung zu sprechen, die darauf hinweisen, daß die Straße durch die Bürgersteig-Anlage so eng würde, daß sie eine Gefahr für Fuhrwerke und Menschenleben bedeute. Der Herr Vorsteher bemerkt dazu, daß man bei dem Beschluß der Pflasterung nach bestem Gewissen gehandelt habe. Es gebe immer noch Leute, die viel schlauer seien, als die Stadtvertreter. Er habe noch nie gehört, daß die Stadtverordneten etwas Vernünftiges beschlossen hätten. Herr Beigeordneter Siegler glaubt, daß an der Sache nichts mehr zu ändern ist. Die Pflasterung sei an den Unternehmer vergeben und dieser wolle seinen Gewinn haben. Für die Zukunft möge man vorsichtiger sein. Für Herrn Ebbinghaus ist die Ecke ein Verkehrshindernis. Zweckmäßig sei, das Feltingsche Grundstück oder einen Teil davon zu erwerben. Wenn die Stadtverordneten vorher wußten, wie es kam, dann würden sie der Vorlage damals nicht zugestimmt haben, ebenso wenig wie der Anbringung der elektrischen Leitungsmasten. Die Prüfung der Vorlage sei aber doch in erster Linie Sache der Baukommission gewesen. Der Antrag Jacobi auf Einstellung der Pflasterung geht an den Magistrat, ebenso ein Antrag Scharfenberg, die nicht benötigten Steine zur Herstellung der schadhaften Stellen des Bürgersteiges an der Bahnhofstraße (Meckfessel, Sander, Wolff) zu verwenden.

Die Kopfsteuer

hat eine erhebliche Erhöhung erfahren. Frei sind nur noch Betriebe unter 20 Angestellten und Arbeiter (bisher 50). Erhoben werden

bei 20—50 Personen je Person 75 Mark (bisher —),
bei Betrieben bis 100 Personen je Person 100 Mark (bisher 50 Mk.),
bei Betrieben bis 200 Personen je Person 150 Mk. (bisher 75 Mk.),
bei Betrieben bis 500 Personen je Person 250 Mk. (bisher 100 Mk.),
bei Betrieben bis 1000 Personen je Person 400 Mk. (bisher 175 Mk.),
über 1000 Personen je Person 600 Mark (bisher 250 Mk.).

Der Beitrag des Westfälischen Wohnungsvereins wurde von 60 auf 100 Mark erhöht.

Die Bergmannssiedlung Hamm läßt

20 neue Wohnungen

am Westentor errichten und benötigt dazu den Rest des Grundstückes, (20 000 Quadratmeter), das die Stadt s. Zt. enteignete. Das Quadratmeter wird der Bergmannssiedlung zum Selbstkostenpreise von 1,70 Mk. überlassen. Wird der Preis für die Stadt durch das noch schwebende Einspruchsverfahren höher, so muß die Siedlung diesen höheren Preis zahlen. Die Pachtverträge werden sofort gekündigt und für eventl. Fruchtausfall Ersatz geleistet.

Bei der Prüfung der Stadtkassen wurden Erinnerungen nicht gezogen und dem Rendanten Entlastung erteilt.

Die Schulhausmeister sollen gegen Unfall versichert werden und zwar mit 5000 Mark bei Todesfall, 10 000 Mark bei Invalidität und 10 Mark Tagegeld.

Die Betriebsingenieurstelle hat das Fürsorgeamt nicht freigegeben. Eine neue Eingabe auf Freigabe hat das Fürsorgeamt abermals abgelehnt. Die Besetzung der Stelle will das Fürsorgeamt selbst vornehmen. Der Magistrat hat darauf beschlossen, die Stelle nicht zu besetzen und die Stadtverordneten schließen sich dem an, obwohl die Besetzung der Stelle sehr nötig sei.

Es folgen dann Dringlichkeits-Anträge: Der Magistrat hält nach einer Besichtigung die Wohnung des Polizei-Wachtmeisters Richter für zu klein und hat beschlossen, diese durch Ausbau des Raumes, in dem der zweite Leichenwagen untergebracht ist, zu erweitern. Der Wagen soll im Schuppen des Schlachthofdirektors Meyer untergebracht werden. Ein Antrag der Frau des Polizei-Wachtmeisters Heßler auf Bereitstellung einer größeren Wohnung wird unter Berücksichtigung der besonderen Umstände befürwortend an den Magistrat weitergegeben.

Herr Jacobi bittet, ernstlich den Magistrat zu ersuchen, nochmals in Erwägung zu ziehen, ob nicht im Interesse des Verkehrs und im Interesse der Stadt selbst der Ankauf des Feltingschen Platzes zweckmäßig sei. Sicherlich würde man Entgegenkommen bei dem Besitzer finden. Dementsprechend wird dann in das Protokoll aufgenommen, den Magistrat zu ersuchen, in eine Prüfung einzutreten, ob die Anbringung des Bürgersteiges unterbleiben kann und ob es zweckmäßig erscheint, durch Ankauf des Feltingschen Platzes eine Erbreiterung der Straße herbeizuführen.

Beigeordneter Siegler schlägt eine Besichtigung vor und dem wurde auch Folge gegeben.

Auf eine Anfrage des Herrn Rüberg, wie es mit dem Ausbau der elektrischen Anlage in der Heerener- und Rottumerstraße stehe, wird erwidert, daß Verhandlungen eingeleitet seien.

Herr Strelinski weist in längeren Ausführungen darauf hin, daß Herr Menne die städtischen Betriebe insofern schädige, als er das Eis vom städtischen Schlachthofe eher an Auswärtige als an hiesige Private gebe. M. müsse gezwungen werden, zuerst sämtliche Private hiesiger Stadt zu beliefern. Dieser Protest geht gleichfalls an den Magistrat.

Damit fand die Sitzung gegen 6½ Uhr ihr Ende.

* *

Kamen, 6. Juli. (Verschiedenes.) Die von der Reichstelegraphenverwaltung geplanten öffentlichen Sprechstellen in Läden und Gastwirtschaften sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, keine Fernsprechautomaten erhalten, sondern wie die Sprechstellen anderer Teilnehmer betrieben werden. Die Inhaber übernehmen die Verpflichtung, die Benutzung ihrer Sprechstellen jedermann zu gestatten und die Gebühren für die Telegraphenverwaltung einzuziehen. Von anderen Sprechstellen aus können diese öffentlichen Sprechstellen wie jede andere Teilnehmerstelle angerufen werden, ohne daß der Inhaber etwas zu zahlen hat. Die Einrichtungsgebühr, die Grundgebühr und der einmalige Fernsprechbeitrag werden von dem Inhaber der öffentlichen Sprechstellen nicht erhoben; sie haben aber die Gewähr dafür zu übernehmen, daß mindestens eine Einnahme in Höhe der Grundgebühr und 10 Mk. monatlich für Gespräche aufkommen. Es ist anzunehmen, daß die Inhaber von Zigarrengeschäften, Gastwirtschaften usw., die gezwungen sind, für ihre Kundschaft Fernsprechanschlüsse zu halten, von der Uebernahme solcher öffentlichen Fernsprechstellen gern Gebrauch machen werden, weil sie dadurch eigene Aufwendungen für einen Anschluß ersparen. Anmeldungen auf solche öffentliche Sprechstellen können erst nach Verabschiedung des jetzt dem Reichstage vorliegenden Fernsprechgebührengesetzes aufgenommen werden.

*

Die Invalidenversicherung im Ausschuß.

(TU) Im sozialen Ausschuß des Reichstages wurde gestern die Regelung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung beraten. Der Antrag Hoch (Soz.) und Genossen fordert, die Bildung der Lohnklassen nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes wie folgt festzusetzen: Klasse 1 bis zu 1000 Mark, Klasse 2 von mehr als 1000 bis 3000 Mark, Klasse 3 von mehr als 3000 bis 5000 Mark, Klasse 4 von mehr als 5000 bis 7000 Mark, Klasse 5 von mehr als 7000 bis 9000 Mark, Klasse 6 von mehr als 9000 bis 12 000 Mark, Klasse 7 von mehr als 12 000 bis 15 000 Mark, Klasse 8 von mehr als 15 000 Mark. Der Regierungsvertreter führte aus, daß seitens der Regierung gegen die Heraufsetzung der Lohnklasse über 9000 Mark und die damit verbundene notwendige Erhöhung der Beiträge im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie unseres Wirtschaftslebens nach wie vor ernste Bedenken beständen. Die Regierung sei nicht in der Lage, eine völlig ablehnende Haltung einzunehmen. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen. Als Beiträge wurden festgestellt: Lohnklasse 1: 2,50 Mark, Lohnklasse 2: 4,50 Mark, Lohnklasse 3: 5,50 Mark, Lohnklasse 4: 6,50 Mark, Lohnklasse 5: 7,50 Mark, Lohnklasse 6: 9 Mark, Lohnklasse 7: 10,50 Mark, Lohnklasse 8: 12 Mark. Angenommen wurde ferner ein Antrag Karsten (Unabh.), wonach alle Beitragswochen der Lohnklasse 2 anstatt der Lohnklasse 1, wie im Regierungsentwurf vorgesehen ist, ohne daß Beiträge

entrichtet werden brauchen, die vollen Wochen angerechnet werden, in denen der Versicherte in Mobilmachungs- oder Kriegszeiten Militärdienste verrichtet hat oder wegen einer Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich verhindert gewesen sei, seine Berufstätigkeit fortzusetzen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich hier um Militärdienstleistungen handelt. Der Gesetzentwurf über die Aenderung der Invalidenversicherung wurde im wesentlichen gemäß der Regierungsvorlage vom Ausschuß angenommen. Der Ausschuß beriet alsdann noch den Gesetzentwurf über die Gehaltsgrenze des Handelsgesetzbuches und nahm ihn in der Fassung des Regierungsentwurfes an. Er vertagte sich hierauf bis nach den Ferien.

*

Die Verteilung des Wohlfahrtstag-Erlöses.

Am vergangenen Sonnabend tagte im Lokale Kümper die Verteilungskommission unter dem Vorsitz des Herrn Oskar Gärtner. Die endgültige Verteilung des Reingewinnes — rund 28 000 Mark — wurde wie folgt festgelegt:

a) 15 000 Mk. werden zur Beschaffung von Leib-, Haut- und Bettwäschestücken, Fußbekleidung und dergl. zwecks Verteilung an hiesige Bedürftige aller Art verwandt werden;
b) 5000 Mk. dem Krankenhaus,
c) 3000 Mk. dem Altersheim,
d) 5000 Mk. der hiesigen amtlichen Fürsorgestelle für Lungenkranke überwiesen.

Wie schon anfangs gesagt, kommen für die Verteilung hiesige Bedürftige aller Art ohne Konfessions-, Partei- oder sonstige Unterschiede in Frage. Schriftliche Anträge derartiger Personen pp. sind bis zum 15. d. Mts. an den Vorsitzenden der Verteilungskommission, Herrn Oskar Gärtner, Schlachthofstraße 16, zu richten. Die Beurteilung der eingegangenen Gesuche wird alsdann von der Verteilungskommission unter Hinzuziehung der 10 Armenpflege-Bezirksvorsteher, der städtischen Berufsfürsorgeorgane und der Gemeindeschwestern vorgenommen werden. So ist sicher anzunehmen, daß Härten vermieden und nur die wirklich bedürftigen Kreise erfaßt werden. Barunterstützungen werden grundsätzlich nicht gewährt. Schon vor dem Festtage war in der Zeitung mehrfach die Rede, daß obengenannte Anstalten bedacht werden sollen. Dieses Versprechen ist somit eingelöst. Stehen doch beide gemeinsam im Gebot der Stunde. Um die teuren Erholungskuren — in Lippspringe kostet eine derartige Kur jetzt etwa 1000 Mk., Kinderkuren in auswärtigen Heimen kosten etwa 400 bis 500 Mark — etwas ausschalten zu können, wäre die Errichtung einer Liege- und Sonnenhalle seitens der hiesigen amtlichen Fürsorgestelle für Lungenkranke sehr zu begrüßen. Derartige Liegehallen sind bereits an vielen Orten eingerichtet und haben sich aufs beste bewährt. Bei der hiesigen Fürsorgestelle schwebt bereits ein derartiges Projekt, scheiterte aber bisher an der Kostenfrage. Um nun der hiesigen Fürsorgestelle für Ausführung dieses Gedankens einen Grundstock zu schaffen, ist ihr der vorstehend genannte Betrag von 5000 Mark zuerkannt worden mit dem Vorbehalt, daß das Geld nur für den vorgenannten Zweck Verwendung finden darf. Sollte sich aus irgend einem Grunde diese Art der Verwendung nicht ermöglichen lassen, dann behält sich die Verteilungskommission weiteren Beschluß vor. So ist nun die Verteilung in großen Zügen geregelt worden und werden den Bedürftigen unserer Stadt bald die Segnungen des Wohlfahrtstages zuteil werden.

*

(Die Wochenfürsorge.) Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wurde ein Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Frauenfürsorge beraten. Die beantragten Aenderungen wurden vom Ausschuß angenommen, sodaß jetzt gewährt werden: 1. Ein einmaliger Beitrag von 150 Mark für die Kosten der Entbindung; 2. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 3 Mk. täglich (einschl. der Sonn- und Feiertage für 12 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen); 3. eine Beihilfe bis zum Betrage von 100 Mark für Hebammendienste und Behandlung, falls solche wegen Schwangerschaftsbeschwerden erfolgt ist; 4. solange das Neugeborene von der Mutter gestillt wird, ein Stillgeld in Höhe eines Betrages, der mindestens den Tagespreisen für ein Liter Milch entspricht, einschließlich der Sonn- und Feiertage bis Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft.

(Kirchenwahlen in Westfalen.) Aus Westfalen werden noch weitere Kirchenwahlergebnisse bekannt: Das Verhältnis der Liste Graeve, Einheitsliste zur Liste Menrath, — freie evangelische Volkskirche, beträgt in Kierspe 36 : 2, Iserlohn ref. alle : 0, Schalksmühle 30 : 4, Bruch 44 : 1, Langendreer 80 : 4, Berghofen 32 : 11, Aplerbeck 32 : 6, Soester Börde 150 : 20, Barop 23 : 0, Wittgenstein 357 : 18, Siegerland 716 : 12.

(Umzugskosten für neue Reichsbeamte.) Umzugskosten werden Personen gewährt, die ohne vorher im Reichsdienst gestanden zu haben, in diesen übernommen werden. Voraussetzung ist jedoch eine dauernde Uebernahme. Die oberste Reichsbehörde gewährt dann eine Vergütung bis zur Höhe des Satzes, die die Stellung bedingt, in die der Beamte berufen wird. Zu diesen Personen rechnen auch die Beamtenanwärter. Die Beamtengruppe macht dabei keinen Unterschied. Es handelt sich dabei aber nur um die Bewilligung einer Beihilfe, die in erster Linie an Personen mit eigenem Hausstand gezahlt wird. Voraussetzung ist nach einer neuen Verfügung des Reichsministers der Finanzen, daß der Beamte die Kosten des Umzuges ganz oder teilweise aus eigenen Mitteln nicht bestreiten kann, und ohne Gewährung einer Beihilfe in eine wirtschaftliche Notlage geraten würde. Die Beihilfen werden deshalb nur auf Antrag bewilligt und nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Betreffenden abgestuft. Pauschbeträge kommen nicht in Frage. Personen ohne eigenen Hausstand können Umzugsbeihilfen nur ausnahmsweise gewährt werden.

(Falsche Einkommensteuermarken.) Vom Reichspostministerium wird gemeldet, daß in letzter Zeit gefälschte Einkommensteuermarken zu 20 Mark in größeren Mengen in den Verkehr gebracht worden sind. Die Fälschungen sind nicht auf Wasserzeichenpapier hergestellt, aber im übrigen gut gelungen, sodaß sie als Falschstücke schwer zu erkennen sind. Auffällig ist bei den Falschstücken, daß an den Kreuzungsstellen der Perforierlinien fast stets mehrere Löcher unregelmäßig zusammenlaufen und dadurch an diesen Stellen im Papier vielfach größere Löcher vorhanden sind als bei den echten Marken. Diese Merkmale sind allerdings nur bei ganzen Bogen oder zusammenhängenden Stücken zu bemerken, dagegen nicht ohne weiteres bei den abgetrennten Einzelstücken.

*

Gesangsfest in Bergkamen.

Bergkamen, 5. Juli. Der M.-G.-V. Bergkamen kann in diesem Jahre auf ein 21jähriges Bestehen zurückblicken. Der Verein nahm diese Tatsache zum Anlaß zur Feier eines großen Sängerfestes, das am Sonntag im Saal Wellhausen unter Mitwirkung mehrerer befreundeter Gesangvereine stattfand. Unter den Wirkungen des Krieges hat auch der M.-G.-V. Bergkamen sehr gelitten, denn nach Kriegsende nahm er mit nur wenigen Mitgliedern seine Gesangsstunden wieder auf. Der rührige Vorstand und die musikalische Leitung des Herrn Lehrers Abel-Kamen ließ aus den Ruinen neues Leben erblühen und so kann der Verein heute mit einer verdoppelten Sängerzahl die Tatsache buchen, daß er auf dem Wege des Voranschreitens gute Erfolge zu verzeichnen hat; wir erinnern nur an die vorzügliche Wiedergabe des Schiebold'schen „Abendständchen". Ohne Frage wird der Verein unter der neuen Leitung weiter vorwärtskommen und zu erwarten steht, daß sich ihm weitere Freunde des deutschen Liedes anschließen werden, denn was den Kamener Gesangvereinen mit eisernem Fleiß und nach langjährigen Mühen möglich war und von ihnen erreicht wurde, das sollte in Bergkamen ebenfalls möglich sein. Viele, viele wird es auch dort noch geben, die „Gold in der Kehle" und Anlage für einen guten Sänger haben, ohne es selbst zu wissen. Diese zu ermitteln und zu erforschen, muß Hauptaufgabe der Bergkamener Gesangvereine sein. Den Saal des Herrn Wellhausen belebten frische Farben, Tannengrün und Lorbeer gaben vorzüglichen Untergrund ab, gut wirkten Blumen-Arrangements auf den Tischen. Alles dazu angetan, die echte Festesstimmung hervorzurufen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr R. Pechascheck, brachte eingangs den Gruß des Willkommens, dankte für den starken Besuch der Bruder-Vereine. Vor 21 Jahren habe der Verein den Leitspruch gewählt: „Sind wir von der Arbeit müde, ist noch Kraft zu einem Liede"! Und dieser Leitspruch, den auch die Fahne verzeichne, habe den Verein über manche schwere Stunden und Sorgen hinweggeholfen. In heutiger Zeit der Sorgen habe man neue Kraft nötig und diese schöpft der Sänger aus dem deutschen Volksliede. Mit einem nochmaligen Dankwort schloß Herr Pechascheck, allen fröhliche Stunden wünschend. Dann betrat der festgebende Verein das Podium, um das Konzert mit Kallivodas Hymne an das deutsche Lied einzuleiten. Hier muß jeder Sänger noch mehr Begeisterung entfachen, um in Feuerklängen das deutsche Lied ertönen zu lassen. Der Mittelsatz (zum Licht zu dringen die Erde strebt) zeigte noch einige Schlacken, besonders im Tenor. Dem Verein würde es ja zu seinem Streben wenig nützen, wenn man ihm nur Lobpreisungen sagen wollte. Wunderschön erklang das Abendständchen von Schibold. Hier zeigte sich Herr Abel als fein abwägender Interpret und die disziplinierten Sänger folgten freudig seiner Direktive. Licht und Schatten wurden sorgsam in den Vortrag hineingelegt und verteilt und so erstand das Lied in schönster Melodie. Der starke Beifall war denn auch angebracht. Die Liedertafel-Bergkamen unter Bräutigams Leitung besitzt ein schönes Material. Sie ist in der glücklichen Lage, helle 1. Tenöre in ausgiebiger Zahl verwenden zu können. Angenehmes gefälliges „Kleinderbel von Clärn" fand eine gute Wiedergabe. In dem „Matrosen-Grab" von Sonnet klang der Bariton rauh und flach und nahm dadurch viel von der sonst guten Wirkung. Bräutigam zeigte sich auch hier als strammer Führer. Ueber allem standen die Leistungen der Kamener Vereine. Mit Stolz muß es gesagt werden, daß in Kamen der Gesang eine gute Pflegestätte fand und daß die Gesangskultur hier eine achtunggebietende Höhe erreichte. Scharfe Abtönung griff forte und piano, deutliche Aussprache, Meisterschaft in der Bewältigung jeglicher Harmonieklippen und Vertrautsein mit den Gesetzen der Dynamik, das sind die Vorzüge der Kamener Sänger. Die Sänger-Vereinigung ließ unter Heinrich Schäfers stellvertretender Führung das „Sonntagslied des Schäfers" und andere in gewohnter Weise tonrein und edel erklingen, die „Auguste Victoria" unter Gustav Rumpf erfreut durch die frische Wiedergabe des Sturmschen Chores „Dich grüßt der Mai" und Häfers Wald und die „Teutonia" ließ den jungen Rhein in schwieriger Bearbeitung des Kölner Musikdirektors Schwarz wirkungsvoll erstehen. Bei dem Kath. Männergesangverein Kamen unter Abels Leitung zeigte sich bei der Wiedergabe des „Matrosengrab" der nicht gut besetzte erste Tenor etwas aufdringlich, sonst ist ein kulturelles Vorwärtsschreiten zu verzeichnen, wie auch die Harmoniebildung, die Verbindung der einzelnen Stimmen gut zu erkennen ist. Besser gefiel uns „Das Wörtlein" von Keuerleber. Gegen diese Vereine hatten die Heerener und Unna-Königsborner einen schweren Stand. Letztere haben ein gutes Baßmaterial, dagegen fehlt es an hellen, frischen Tenören. Wie der neue Dirigent mit diesem Material das Matrosenlied eines Richard Wagners „Der fliegende Holländer", so verzeichnete es wenigstens das Programm, singen lassen wollte, ist uns unverständlich. Solche Werke kommen doch nur für ganz hochstehende große Männerchöre in Frage, die Königsborner sollten sich vorerst dem einfachen schönen Volksliede widmen. Immerhin war die Wiedergabe des Brahmsschen Wiegenliedes besser, als die gebotenen Lieder bei dem Sängerfest im Vorjahre bei Nagel am Westentor. Den Heerener Sängern fehlt der Klang, sie singen zu flach, ein weiteres Herausgehen aus voller Kehle und frischer Brust wird den Heerenern nicht schwer fallen und ihrer Sache dienen. Auch die Auffassung entsprach wohl nicht ganz dem Wollen des Komponisten; z. B. das sonst so dankbare Lied „Muttersegen" von Opladen, es erwärmte nicht. Die Besucher zeigten durch die Ruhe und durch die Beachtung des Rauch-Verbotes ihr großes Interesse für den Männergesang. Der starke Beifall, der allen Vorträgen folgte, ließ diese erfreuliche Tatsache in noch hellerem Lichte erscheinen. Der Boden wäre in dieser Beziehung geebnet, für die Bergkamener Männergesangvereine ist es jetzt an der Zeit, ihre Leistungen zu vervollkommnen und dadurch die Freude am deutschen Männergesang bei den Freunden und Anhängern stärker zu beleben. Und so kann der Veranstalter, der Bergkamener Männergesangverein, mit Stolz auf das Konzert zurückblicken. Der Verlauf wird und muß den Sängern ein neuer Ansporn sein, der musikalischen Führung des Herrn Abel vertrauensvoll Folge zu leisten, um weiter zu kommen auf dem einmal beschrittenen guten Wege. Dann werden sich auch weitere Sangesfreunde dem Verein anschließen, zur Freude aller, die im deutschen Liede Erfrischung und Erbauung finden. Dazu ein fröhliches Glück Auf!

*

Pelkum, 6. Juli. **Beschlagnahmt** wurden von der hiesigen Polizei mehrere Fahrräder, die vermutlich aus Diebstählen herrühren. Bestohlene können sich in den Vormittagsstunden auf der Kriminalabteilung melden.

(b) **Menden,** 5. Juli. **(Neue Höhle im Hönnetal.)** In der Nähe von Sanssouci wurde eine 50 Meter lange Höhle erschlossen. Dem Heimatmuseum zu Menden wurde vom Herrn Regierungspräsidenten die Befugnis erteilt, die Höhle zu untersuchen und für wissenschaftliche Zwecke nutzbar zu machen.

(b) **Soest,** 5. Juli. **Von zwei Soester Jägern** wurden in der Drüggelter Jagd ein Wildschwein und ein Rehbock geschossen.

(b) **Soest,** 5. Juli. **Ein schweres Unglück** traf die Familie des Landwirts Overbeck in Enkesen. Der 18 Jahre alte Sohn der Familie, der mit einer Vogelflinte Spatzen schießen wollte, wurde nachmittags auf dem Hofe mit einer Schußwunde im Kopf unter einem Baum liegend schwerverletzt aufgefunden und ist kurze Zeit darauf gestorben. Die Flinte hat sich anscheinend durch irgend einen Umstand selbst entladen und der Schuß dem Leben des jungen Mannes so schnell ein Ziel gesetzt.

* **Schwerte,** 5. Juli. **(Auf freien Fuß gesetzt.)** Der vor einigen Tagen unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung verhaftete Fabrikant H. von der Hagenerstraße ist gegen Stellung einer Kaution in Höhe von 500 000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen und auf freien Fuß gesetzt.

Dortmund, 5. Juli. **Die diesjährige Hauptversammlung des Westfälischen Verkehrsverbandes,** dessen Mitgliederzahl von 311 im Jahre 1918 auf 378 im laufenden Jahre gestiegen ist, genehmigte die beantragten Satzungsänderungen über die Erhöhung der Jahresmindestbeiträge. Der Verband hat mit dem Rheinischen Verkehrsverein und dem Verbande Hessen-Waldeck eine Verkehrsgemeinschaft gebildet und arbeitet gemeinsam mit dem Verkehrsverbande Industriebezirk Essen. In einer öffentlichen Verbandsversammlung wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Westfälische Verkehrsverband hat zum Entwurf einer Verordnung über die Beiräte für die Reichseisenbahn Stellung genommen. Er stellt mit Bedauern fest, daß der Eisenbahndirektionsbezirk Münster an den Bezirkseisenbahnrat Hannover angeschlossen werden soll. Er erwartet, daß Münster dem Bezirkseisenbahnrat Köln überwiesen wird mit Rücksicht auf die unmittelbaren engeren Beziehungen zum rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Der Verband vermißt in dem Entwurf eine Vertretung der fast in allen Provinzen vertretenen Verkehrsverbände in den Eisenbahnräten. Er muß eine Abänderung des Entwurfes dahingehend fordern, daß auch den in den provinzialen Verkehrsverbänden vertretenen Kreisen, die sich mit großer Hingabe der Verbesserung des Verkehrswesens widmen, gebührende Vertretung verschafft wird. Ferner vermißt der Verband eine Vertretung der provinziellen Städtetage und großer wirtschaftlicher Verbände."

Dortmund, 5. Juli. **(Verschiedenes.)** In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Aufrückung der Studienräte der höheren Lehranstalten von der Besoldungsgruppe 10 nach 11 zugestimmt. Von den Sozialdemokraten wurde gewünscht, daß für die Volksschullehrer bald eine ähnliche Gehaltsregelung vorgenommen werde und die gewünschten Conrektorstellen eingerichtet werden. Das Zentrum trat für die Gehaltsregelung der nicht akademischen Lehrer an höheren Lehranstalten ein. Der Magistrat teilte mit, es sei beschlossen worden, vorläufig von der Einrichtung von Conrektorstellen für Volksschullehrer abzusehen, da die Ausführungsbestimmungen noch fehlten. Außerdem beständen Meinungsverschiedenheiten zwischen Lehrern und Rektoren über diese Einrichtung. Auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite erklärte der Oberbürgermeister, daß er die in der vorigen Sitzung von dem Stadtverordneten Bäumgen überreichte, von der sozialdemokratischen Partei gestiftete schwarz-rot-goldene Fahne für die Stadt annehme. — Die im alten Rathaussaal veranstaltete Feier des 50. Jahresfestes des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark wurde mit einem von Frau Else Schröder vorgetragenen Gedicht Karl Prümers „Zum Geleit" eingeleitet, in dem die Verdienste des Historischen Vereins um Heimat und Vaterland gewürdigt werden mit der Mahnung, den vom Verein gepflegten deutschen Geist zu bewahren. Den Schlußabschnitt des Festabends bildete die in alter Dortmunder Sprache vorgetragene Chronik des Dietrich Westhoff von dem tragischen Ende der schönen „Weisa".

Dortmund, 5. Juli. **(Schwurgericht.)** Die letzte Verhandlung der 6. diesjährigen Tagung des Schwurgerichts richtete sich gegen den Arbeiter Adolf Lutz, der angeklagt ist, der schweren Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug. Der Angeklagte hatte eine Wochenfahrkarte gefälscht. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß setzte das Gericht eine 2wöchige Haftstrafe fest, die der Angeklagte bei guter Führung nicht zu verbüßen braucht, doch muß er innerhalb 3 Wochen 300 Mk. Buße zahlen.

** **Remscheid,** 4. Juli. **Ein Großfeuer,** das weit ins bergische Land hinein sichtbar war, vernichtete Freitag abend die Kaffeemühlen- und Werkzeugfabrik der Firma Peter Dienes. Nur das Maschinenhaus blieb erhalten. Bedeutende Bestände an Rohstoffen und Fertigerzeugnissen fielen den Flammen zum Opfer. Sechs Feuerwehren, die den Brand bekämpften, gelang es, zwei stark bedrohte angrenzende Wohnhäuser vor der Vernichtung zu bewahren. Der Brandschaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt.

(W) **Düsseldorf,** 5. Juli. **(Mord und Selbstmord.)** In der vorvergangenen Nacht hat der Kaufmann Walter Wallner die mit ihm seit zwei Jahren zusammenlebende geschiedene Ehefrau Lesser durch einen Schuß in die Schläfe nach einem heftigen Streit erschossen und sich dann selbst zwei Schüsse in den Kopf beigebracht.

(W) **Benrath,** 5. Juli. **(Benzoltank-Explosion.)** Im Magazin der Rheinischen Stahlwerke in Hilden ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Aus bisher unbekannter Ursache explodierte ein Benzoltank. Von 4 Arbeitern, die in den Räumen beschäftigt waren, erlitten drei schwere Brandwunden, während der vierte sich durch einen Sprung ins Freie retten konnte. Die Schwerverletzten sind gestorben.

Weitere Nachrichten.

— **(Exkaiser Karl auf der Wohnungssuche.)** Exkaiser Karl hat sich gezwungen gesehen, um eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz nachzusuchen, da sowohl England als auch Spanien ihm die Einreiseerlaubnis verweigert haben. Er steht zurzeit mit der griechischen Regierung in Verhandlungen. Man glaubt aber nicht, daß Griechenland dem Exkaiser Zufluchtsrecht einräumen wird.

— **Zum 600. Todestage Dantes** vereinigte eine auserlesene Gesellschaft eine eindrucksvolle Gedächtnisfeier Sonntag in den Räumen der Staatsoper in Berlin. Professor Adolf von Harnack hielt eine eindrucksvolle Gedächtnisrede. Professor Ernst Roeltsch hielt eine Rede, in der er sich insbesondere mit der Frage beschäftigte, was Dante uns in der Not der gegenwärtigen Zeit bedeuten könne.

— **Die Hinterlassenschaft Carnegies** beläuft sich nur auf 25 Millionen Dollars. Es ergab sich jedoch, daß der Stahlkönig im Laufe seines Lebens über 350 Millionen Dollars an Wohltätigkeitsorganisationen verteilte.

— **Schwere Schiffsbrandkatastrophe auf der Wolga.** Bei dem Brande eines russischen Dampfers auf der Wolga kamen mehrere hundert Passagiere ums Leben, darunter der Bischof von Nowgorod, mehrere Universitätsprofessoren, die zu Unterrichtszwecken nach dem Kaukasus reisten, und eine Abteilung russischer Geheimpolizei. Aus der Anwesenheit der letzteren auf dem Schiffe schließt man, daß der Brand infolge eines Anschlages, der gegen diese Geheimpolizei geplant wurde, entstanden sei.

*

Kleine Nachrichten.

Auf Veranlassung des Reichsjustizministers ist gegen den früheren Regierungspräsidenten v. Jagow, Minister des Innern der Kapp-regierung, Haftbefehl erlassen worden.

Die alliierten Regierungen sind darüber einig geworden, daß von den 6½ Prozent, die von der von Deutschland zu zahlenden Schadenvergütung an die kleinen Staaten verteilt werden sollen, 5 Prozent Südslawien zuerkannt werden sollen.

Der Reichskanzler wird morgen oder übermorgen nicht nur im Reichsrat, sondern auch vor dem Reichstag das neue Steuerprogramm der Regierung in einer großen Rede entwickeln.

An mehreren Orten des Kreises Kattowitz herrscht starker Mangel an Brotmehl. Auf Karten werde vielfach nur noch die Hälfte der früheren Mehlmengen ausgegeben. Ein Brot kostet 40 Mark.

Die deutsch-chinesischen Vereinbarungen wurden durch die in Peking bewirkte gegenseitige Mitteilung der beiderseits erfolgten Ratifizierung am 1. Juli in Kraft gesetzt.

In Peking übergab Professor Irisawa namens 500 japanischen Aerzten, die ihre Studien in Deutschland machten, dem deutschen Botschafter 490 000 Mark als Stiftung für die medizinischen Fakultäten deutscher Universitäten.

Der japanische Gesandte in Washington hat die offizielle Erklärung abgegeben, daß das britisch-japanische Bündnis nicht als ein Instrument von Feindschaft oder auch nur von Verteidigung den Vereinigten Staaten gegenüber anzusehen sei.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 6. Juli. **(Turnverein zu Ka...)** Auf dem Jugendwettturnen des 1. Bezirks am 3. ... in Brakel erhielten im Sieben-Kampf Budde in der Oberstufe, Jühe und Gerdes in der Unterstufe je einen Kranz. Ein „Gut Heil" den Siegern. — Am 24. Juli geht der Verein zum Gauwettturnen nach Aplerbeck. Um die Zahl der Teilnehmer und Besucher schon jetzt ungefähr feststellen zu können, werden die Turnerinnen und Turner gebeten, sich bis zum 8. Juli in der Zeit von 8 bis 10 Uhr abends in der Turnhalle anzumelden. Alle Turnerinnen und Turner, auch die älteren, werden herzlich zum Gauwettturnen und Gausest in Aplerbeck eingeladen.

Westick, 6. Juli. **Der Radfahrer-Verein „Blau-Veilchen"** zu Westick feiert am Sonntag, den 10. Juli, unter Mitwirkung fremder Vereine das Dortmunder Bezirks im Saale des Herrn Fritz Schulz zu Westick sein erstes Gründungsfest, bestehend in Festzug, Kunst- und Reigenfahren der auswärtigen Vereine, nachdem großer Festball. Der Vereinswirt Fritz Schulz hat diesmal seinen Saal in neuer Dekoration herstellen lassen. Des Abends ist beim Ball großartige, sesenhafte Beleuchtung. Der Festzug setzt sich durch folgende Straßen: Ab Schulz 3 Uhr, Königstraße, Bahnstraße, Mühlenstraße, Schulstraße, Weststraße, Germaniastraße; zurück nach Schulz. (Alles Nähere im Inserat dieser Zeitung.)

Schuhe, sow. alle and. Lederwaren färbt man wie neu mit Brauns-Schein-Farbe Wilhelm Brauns, Gesellschaft mit beschränkter Haftung Quedlinburg. Verlangen Sie Gratisbroschüre Nr. Z.

NESTLÉ'S KINDERMEHL enthält beste Alpenmilch

Die Leistungsfähigkeit

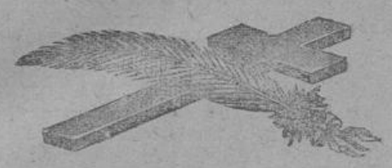
des Mannes im Beruf, der Frau im Hause, des Kindes in der Schule stützt sich auf kraftvolle Gesundheit. Continental-Gummiabsätze tragen erheblich hierzu bei. Leichter, elastischer Gang, dadurch Schonung der Nerven und Füße, das sind ihre großen Vorzüge gegenüber Leder. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Für Landwirte. Wer mit dem Beginn des 15. Juli d. Js. Vorräte früherer Ernten an Brotgetreide, Gerste und Hafer im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, sie uns (Lebensmittelamt — Markt 5, Zimmer 3 —) getrennt nach Arten, **bis zum 10. Juli ds. Js.** anzuzeigen. Die Abgabepflicht erstreckt sich nicht auf Vorräte an Brotgetreide und Gerste, die bei einem Besitzer einschließlich der daraus hergestellten Erzeugnisse je 30 Kg. auf den Kopf der Selbstversorger nicht übersteigen. 3033



Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 4 Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unsern herzensguten Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Wissmann

nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von fast 56 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bergkamen, den 5. Juli 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Juli, nachmittags 3¾ Uhr, vom Sterbehause aus statt. 3039

2802

Möbel auf Teilzahlung
Kredit erhält jeder!

Anzahlung Nebensache
Die Höhe der **An- u. Abzahlung bestimmt jed. Käufer selbst** mit.

Einzelmöbel
Kleiderschrank, Küchenbufett, Vertikow, Plüsch- u. Ledersofa, Chaiselongue, kompl. Bettstelle mit Matratze, Schreibtisch, Pfeilerspiegel, Trumeauxspiegel, Eimerschrank, Korbsessel, Korbsesseltische, Tische, Stühle, Waschkommode, Nachtkonsole, Matratze, Patentrahmen.

Komplette Küchen
Komplette Schlafzimmer
Geringe An- u. Abzahlung.

Kein Laden, daher billig.
Dortmunder Möbelheim,
Gutenbergstr. 58, im Hofe der Wagenfabrik Beukelmann.

Café Schneider
Bahnhofstraße 34. — Telephon 279.

Der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Angenehmer Aufenthalt. — Zum Ausschank gelangen nur erstklassige Weine und Liköre (Bols Liköre). Täglich Eis. Eiskaffee — Eis — Schokolade. 942

Bestellungen auf Torten und Eis werden zu allen Festlichkeiten prompt und pünktlich ausgeführt.

Conditorei.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)
PIANOS Flügel, Harmoniums
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit
mit Klangsteg D.R.G.M. 458 403 2te Fabrik **Berlin S 42**
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik
Hagen i.W. Bahnhofstr 29. 5.

Umpressen
Reinigen, Färben
von Herren-Hüten (Stroh u. Filz) schnell und billig.
E. Wette, Waschanstalt,
Bahnhofstrasse. 2773

Keine Wanze mehr!!
nur mit Mortin zu erzielen. Erfolg verblüffend, mehrjährige Garantie. Riecht nicht. 1878 macht keine Flecken Fl. 6.50 Mk.
Drogerie W. Klinkmann, Weststrasse 1.

Gute Bücher:

J. C. Heer: „An heiligen Wassern", — „Der Wetterwart".
W. Bloem: „Gottesferne", — „Der krasse Fuchs".
R. Herzog: „Die Buben der Frau Opterberg", — „Hanseaten", — „Die Abenteurer".
P. Keller: „Ferien vom Ich", — „Die Heimat".
D. Speckmann: „Aus meiner Seekiste", — „Herzensheilige".
G. Frenssen: „Jörn Uhl", — „Hilligenlei".
E. Zahn: „Was das Leben zerbricht".
H. Sudermann: „Frau Sorge".
L. Ganghofer: „Das Schweigen im Walde".
W. Raabe: „Die Chronik der Sperlingsgasse".
K. Viebig: „Rheinlands Töchter", — „Eine Handvoll Erde", — „Das tägliche Brot".

Vorrätig in der
Buchhandlung der Kam. Zeitung,
Weststraße 10.

Schwäche
Nerven sind die Grundursachen d. meisten Krankheiten. Blutarmut, Herzklopfen, nervöse Kopfschmerzen, Schwächezustände aller Art, Unlust zur Arbeit, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerd., können nur durch
Lecithin Doppelherz
dem von der medizinischen Wissenschaft anerkannten Nerven-Kräftigungsmittel geheilt werden. Allein echt mit der Schutzmarke:



in Originalflasch. à 13,50 und 26.— Mk. zu haben in Drogerie: 2347
W. Klinkmann, Kamen.

Tüchtiges
Dienstmädchen
bei gutem Lohn gesucht. Zweitmädchen vorhanden. p3040
Weststraße 60.

Herzogspaar
ZIGARETTEN
40 und 50 Pfg. **MALZMANN**
Allein-Engros-Vertrieb für den hiesigen Bezirk zu Fabrikoriginalpreisen.
Hans Dolle, Tabakfabrikate-Großhandlung,
Anruf Nr. 2. **KAMEN** Markt 16.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Junger, sieben Monate alter, guter h3041
Hund,
wachsam, zu verkaufen.
M. Präkelt,
Lindenbergstraße 4.

Drei Monteure suchen in besserem Hause 3029
möbl. Zimmer
mit voller Pension. Ein Zimmer mit 2 Betten.
Näheres **Weißestr. 21.**

Wegen Heirat des jetzigen, tüchtiges, saub.,
Mädchen
per 1. August oder früher bei hohem Lohn gesucht. p3036
Fr. Gastwirt Schulz
Kaiserau, Post Kurl, Hermannstraße 41.

Grasverkauf
Heil.
Freitag, den 8. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, läßt Frau Gutsbesitzerin Schulze-Heil **ca. 30 Morgen sehr gutes Gras,** in den Lippeweiden, westlich des Hofes, öffentlich nummerweise gegen Zahlungsfrist verkaufen. 2998
Heil.
Brüggemann
Auktionator.

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Gesprengte Fesseln

Roman von Hans Schulze.

(Nachdruck verboten.)

17. Fortsetzung.

9. Kapitel.

Als Ruth wieder zu sich kam, lag sie auf einer Chaiselongue in Ulrikens Zimmer.

Im ersten Moment wußte sie überhaupt nicht, wo sie sich eigentlich befand.

Wie durch einen Schleier sah sie die hellblauen Atlasbezüge und die schimmernden Goldleisten der zierlichen Rokokomöbel in der matten, rosigen Dämpfung einer florverhüllten Ampel.

Eine zarte, kühle Hand tastete über ihre glühende Stirn, und die liebe Stimme der Cousine fragte in kummervollem Tone, ob sie sich nun endlich ein wenig besser fühle.

Die Gräfin bejahte mit einem ganz leisen Nezgen des Kopfes, sie kam sich in der sorgenden Obhut Ulrikens wundersam geborgen vor.

Nur vorläufig nicht sprechen, nicht denken!

Sie zog die Cousine zu sich herab und dankte ihr mit einem innigen Kuß.

Dann sank sie wieder in einen dämmerhaften Halbschlaf zurück, indes Ulrike mit leisen, behutsamen Bewegungen im Zimmer hin und her glitt, den Samowar ansteckte und das Teeservice herrichtete.

So ging eine stille Stunde dahin.

Kein Laut störte die friedliche Ruhe des einsamen Schlosses.

Durch die weit offenen Fenster flutete die linde Nachtluft mit schmeichelndem Atem und trug zuweilen verschwommene Vogelstimmen in das traurige Schweigen des Raumes.

Da fuhr die Gräfin plötzlich mit einem Wehlaut in die Höhe.

Auf einmal war die Erinnerung an die furchtbare Unterredung mit dem Baron Sinderode mit unerbittlicher Klarheit wieder in den Kreis ihres Bewußtseins getreten, hatte sich die wohltätige Lähmung ihres Denkens wieder zu grausamer Geistesschärfe erhellt.

„Georg! — Das Kind!"

In stummem Brüten saß sie ein paar Augenblicke und preßte den schmerzenden Kopf, der ihr fast zu zerspringen drohte, in die bebenden Hände.

Was sollte nur werden, was sollte nur werden!

Die feierlichen Worte des Barons standen immer wieder in ihr auf und weckten in ihrer Seele den Widerhall quälender Gewissensangst.

Sie hörte kaum auf den mitleidigen Zuspruch, mit dem sie die Cousine zu trösten versuchte, wie automatisch irrten ihre Gedanken immer in dem gleichen Kreislauf und endeten stets wieder da, von wo sie ausgegangen.

Ber Georg — dem Kinde!

Gerade der Begriff des Kindes war so ganz in den Vordergrund ihres Bewußtseins geschoben, daß der des erwachsenen Mannes der aus diesem Kinde allmählich herangereift war, vollkommen dahinter zurücktrat.

Sie dachte nur an das Kind, das ihr als Nachlaß aus dem Ruin ihrer ersten Ehe geblieben war, sie sah sich im Geiste wieder an seinem Lager sitzen und den röchelnden Atemzügen lauschen, in denen er sich einst gegen die Fittiche des Todesengels, die das kleine Bettchen schon tief umschattet, in zäher Lebensenergie gewehrt hatte.

Und plötzlich schossen alle diese Gedankenreihen wie blitzartig in einer neuen Vorstellung zusammen.

Was waren all die Anklagen des alten Mannes gegen seine entsetzliche Selbstanklage, die sie so lange schon im geheimsten Innern ihres Herzens verborgen hielt!

Sie selbst, die Mutter selbst hatte ja einst auf das hilflose kleine Wesen den Tod herabgefleht, sie hatte den Mord gegen ihr eigenes Kind im Herzen getragen:

„Ach, möchte es sterben!"

Wie Donnerlaute klangen ihr die Worte auf einmal wieder in den Ohren.

Der Wunsch, der schreckliche Wunsch, der ihr vom ersten schwachen Aufblitzen des Gedankens Ruhe und Frieden geraubt, der sie so oft schon aus nächtlichem Schlummer aufgeschreckt, der ihr immer wieder die glücklichsten Momente ihres Lebens vergällt hatte!

Ein Gefühl vollkommener Vernichtung durchdrang ihr ganzes Wesen. Wie sollte sie jemals ihrem Sohne diese Schuld gestehen!

Würde er sich nicht schaudernd abwenden von einer Mutter, die dessen fähig gewesen war!

Ulrike stand der Verzweiflung der Cousine gänzlich ratlos gegenüber.

Vergebens wiederholte sie immer wieder ihre Bitte, doch wenigstens ein Glas Tee, einen Portwein zu sich zu nehmen.

Die Gräfin hatte auf alle ihr freundliches Drängen nur ein mildes Kopfschütteln.

Erst als ihr Ulrike erklärte, sie unter keinen Umständen heute abend noch nach Dombrowo fahren lassen zu wollen, wich die lähmende Schlaffheit.

Ruth bestand mit einer solchen Energie auf ihrer Absicht einer sofortigen Heimkehr, daß die Baronin aus Furcht, durch weiteren Widerspruch die hochgradige Erregung der Cousine zu einem erneuten Ohnmachtsanfall zu steigern, endlich nachgab und den Befehl zum Anspannen erteilte.

Sie ging selbst mit ihr bis zum Wagen hinab und bot hier nochmals all ihre Ueberredungskunst auf Ruth zum mindesten persönlich nach Dombrowo hinüberbringen zu dürfen.

Doch die Gräfin lehnte jede Begleitung freundlich aber entschieden ab; Ulrike möge es ihr nicht verargen, aber nach den seelischen Erschütterungen der letzten Stunden sei ihr fürs erste gerade absolute Einsamkeit Bedürfnis.

So nahm denn die kleine Baronin endlich mit schwerem Herzen Abschied und gab den Weg frei.

Die Pferde zogen an, und der Wagen rollte durch das verfallene Parktor. — —

Die Nacht war von bezaubernder Schönheit.

In geheimnisvoller Märchenstimmung lag die weite Waldlichtung.

Gleich einem zarten Seidenflor schwebte das blasse Mondlicht über den traurigen Wiesen, aus denen ein schweres, süßes Gedüfte, wie mit Händen zu greifen, berauschend emporstieg.

Schwarz, gespensterhaft stand die hohe, dunkle Wand des Forstes gegen den mattsilbernen Himmel. — — — —

Wie im Traum fuhr Ruth durch das große Schweigen der stillen Sommernacht.

Sie achtete kaum auf den Weg, der jetzt aus dem zitternden Mondesdämmer in das schwille, blauschwarze Dunkel der Waldlinie eintauchte.

Mit geschlossenen Augen lag sie in einer Ecke des Wagens halb zurück.

Die Empfindung einer leeren Gleichgültigkeit webte in ihr, und sie suchte sich absichtlich durch Ausschluß jedes aktiven Denkaktes darin zu erhalten, weil sie mit der Wiederkehr der quälenden Vorstellungen instinktiv einen abermaligen Zusammenbruch ihrer geistigen Persönlichkeit befürchtete.

(Forts. folgt.)

Gefährliche Nebenerscheinungen der farbigen Besatzung.

Die Anwesenheit der farbigen Truppen hat im Rheinlande ein erschreckendes Umsichgreifen der Geschlechtskrankheiten zur Folge gehabt. Da die angesteckten weiblichen Personen die Seuche in großem Maße auch auf die Besatzungsarmee ausdehnen, so sahen sich vor einiger Zeit die belgischen, britischen und amerikanischen Militärbehörden veranlaßt, Abwehrmaßnahmen gegen diese Gefahren zu treffen. Jetzt ist auch der kommandierende General der französischen Rheinarmee mit einer entsprechenden Verordnung in den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten eingetreten, da in der französischen Armee diese einen besonders großen Umfang angenommen haben. Die Verordnung überträgt die Verantwortung für die Durchführung der betreffenden Bestimmungen den deutschen Behörden, die jedoch der Kontrolle der französischen Militärbehörden unterstehen. In jeder Garnison muß ein deutscher Spezialarzt bestimmt werden, der die erforderlichen Untersuchungen usw. vorzunehmen hat. Auf die Größe der Gefahr der Ansteckung durch farbige Soldaten ist schon vor Jahren aufmerksam gemacht worden. Die Militärbehörden haben jedoch die Warnungen nicht beachtet. Vielmehr wurde durch sie die Ausbreitung der Seuche indirekt begünstigt, da sie die zügellosen Ausschweifungen ihrer Soldaten nicht eindämmten. Bekannt ist auch die Tatsache, daß die französischen Militärbehörden in jeder Garnison ein oder mehrere öffentliche Häuser einrichteten, die jedoch ohne genügende Ueberwachung blieben. Für diese Einrichtungen mußten die Gemeindeverwaltungen kostenlos die entsprechenden Räume zur Verfügung stellen.

Kommunistische Urheber des Attentats auf Prinz Alexander.

Aus Belgrad wird gemeldet: Der Verbrecher, der den Bombenanschlag auf den Prinzen Alexander verübte, erklärte vor dem Untersuchungsrichter, daß die Hauptanstifter und Leiter der Verschwörung die kommunistischen Abgeordneten Filipowic, Kivacevic und Copic seien. Diese Abgeordneten hätten ihn bewogen, nach Belgrad zu kommen und den schon lange vorher festgelegten Anschlag auszuführen. Auf Grund dieser Aussagen hat der Justizminister die Auslieferung der Abgeordneten verlangt, welche in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung beschlossen wurde. Nach weiteren Aussagen des Verbrechers soll die Ausführung des Anschlages in einer geheimen Sitzung der kommunistischen Partei in Wien beschlossen worden sein, wo das Los zur Ausführung des Anschlages auf Stefic fiel.

Ein Prunkfest des Sowjetgesandten in Teheran.

In Teheran fand dieser Tage ein eigentümliches Fest statt. Der Sowjetgesandte gab seine erste Revue. Es waren Einladungen an alle diplomatischen Körperschaften und die vornehme Gesellschaft in der ganzen Hauptstadt ergangen. Auf den Einladungen war gebeten, in Straßentoilette zu erscheinen, was auch die meisten taten. Auf der russischen Gesandtschaft wehte eine rote Fahne. Das Fest übertraf alle Feierlichkeiten aus den Tagen des Zarentums an Glanz und Pracht. Die Damen der Sowjetgesellschaft waren, um ihren Gästen zu imponieren, oder um sie zu ehren, wie man es nehmen will, in den glänzendsten Toiletten erschienen, wie man sie in Paris und London nicht besser sieht. Der Park war mit roten Lampions illuminiert. Ueberall herrschte die rote Farbe vor.